

POSTULAT

Urheber	Mathieu CLERC, Les Verts, Philomène ZUFFEREY, PDCC, und Charlotte SALZMANN, CVPO
Gegenstand	Verbot von Einwegplastik
Datum	12/03/2020
Nummer	2020.03.084

Seit mehreren Jahren wird der Bekämpfung der Plastikverschmutzung höchste Priorität eingeräumt. Gemäss verschiedenen Quellen sind unsere Weltmeere mit über 80 Tonnen Plastik verschmutzt. So hat sich im Pazifik eine gigantische Plastikinsel gebildet, die auch «siebter Kontinent» oder «nordpazifischer Müllstrudel» genannt wird. Die Plastikverschmutzung ist mittlerweile auch in der Nahrungskette angekommen.

Diese Verschmutzung betrifft aber nicht nur die Weltmeere, sondern auch die Seen. Im Juli 2019 hat der Verein OceanEye denn auch darauf hingewiesen, dass der Genfersee genauso stark verschmutzt ist wie das Mittelmeer. Im Rahmen einer Studie haben die Wissenschaftler im Genfersee eine Plastikverschmutzung von 129 Gramm pro Quadratkilometer gemessen, während die durchschnittliche Konzentration in den Weltmeeren bei 160 Gramm pro Quadratkilometer liegt. Jedes Jahr sollen 50 Tonnen Plastikmüll im Genfersee landen.

Die Wissenschaftler sind der Ansicht, dass die Plastikverschmutzung in erster Linie über die Seen und Flüsse in die Weltmeere gelangt.

Den Autoren der Studie zufolge ist vor allem der Einwegplastik für diese Verschmutzung verantwortlich. Wenn wir nichts unternehmen, werden in den Weltmeeren im Jahr 2050 mehr Plastikabfälle als Fische schwimmen.

Um die Problematik der Plastikabfälle und insbesondere die Verschmutzung der Seen und Meere zu bekämpfen, wird ein Verbot von Einwegplastik im Wallis gefordert. Dies stünde auch im Einklang mit den strategischen Zielen, die der Staatsrat in der Agenda 2030 festgelegt hat: «Orientierung hin zu einer Kreislaufwirtschaft, indem Abfallprodukte verringert werden (Herstellung, Transport, Verteilung, Konsum) und das Recycling erhöht wird (Infrastrukturen, Sensibilisierung).»

Schlussfolgerung

Die Urheber des Postulats fordern den Staatsrat auf, die Möglichkeit zu prüfen, die Verwendung von Einwegplastik im Wallis gesetzlich zu verbieten.